

Die OSZE unter dem Amtierenden Vorsitz Rumäniens - Ein Rückblick

Aufgaben und Ziele

Dem Beschluss des Istanbuler OSZE-Gipfeltreffens entsprechend übernahm Rumänien am 1. Januar 2001 den Vorsitz der OSZE. Bei der Erfüllung dieses umfangreichen Auftrags stellten sich vor allem drei Probleme: Es galt, eine interne Krise in der OSZE, die sich mit dem Ergebnis des Wiener Ministerratstreffens abzuzeichnen begann, abzuwenden, die komplizierten Aufgaben, die sich wie die Stabilisierung der Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ohnehin auf der Tagesordnung der OSZE befanden, zu bewältigen und die OSZE an die neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nach den Terroranschlägen gegen die USA anzupassen.

Für ein Land, dessen Diplomatie nur wenig bekannt ist, stellten die komplexe Lage in Europa, die explosionsartig aufgetretenen Veränderungen auf internationaler Ebene und nicht zuletzt die internen Schwierigkeiten der Organisation einen Test dar, von dessen Bestehen nicht nur seine Glaubwürdigkeit als wichtiger Akteur innerhalb der euro-atlantischen Gemeinschaft abhing, sondern auch die Zukunft der Organisation selbst. Wir waren uns dieser doppelten Verantwortung voll und ganz bewusst und taten unser Bestes, um all unseren Verpflichtungen nachzukommen und dem komplexen und sich wandelnden Sicherheitsumfeld Rechnung zu tragen. Im Jahr 2001 entfalteten alle internationalen Organisationen, die sich mit der Sicherheit im euro-atlantischen Raum befassen, auf der Suche nach Lösungen für die aktuellen Krisen umfangreiche Aktivitäten, teils durch die Teilnahme an Treffen, auf denen die Gestaltung und die Zukunft Europas erörtert wurden, teils in Konsultationen zur besseren Abstimmung zwischen den verschiedenen Strukturen, durch die die gesamteuropäische Sicherheit und Stabilität gestärkt werden sollen.

Zu unseren Prioritäten und Zielen gehörten die Einhaltung der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, die Stärkung der OSZE als wirksames Instrument der Konfliktverhütung, der Frühwarnung, des Krisenmanagements und der Konfliktnachsorge, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, die Intensivierung der OSZE-Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension, ihre Befähigung, sich neuen Herausforderungen für die Sicherheit wie internationalem Terrorismus und Extremismus, organisierter Kriminalität und Korruption zu stellen, die institutionelle Konsolidierung der OSZE und die verstärkte Kooperation mit anderen internationalen Organisationen, die in für die OSZE relevanten Bereichen tätig sind. Insgesamt wollten wir zur Verbesserung der politischen, ökonomischen und

ökologischen Sicherheit der Bürger der OSZE-Teilnehmerstaaten auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte beitragen.

Nach dem Wiener Ministerratstreffen des Jahres 2000 war offenkundig, dass die OSZE auf eine interne Krise zusteuerte. Unter diesen Umständen war unsere Verantwortung umso größer und wir arbeiteten von Anfang an darauf hin, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der OSZE wiederherzustellen. Wir setzten daher einen Prozess informeller Konsultationen über die Stärkung der Rolle der OSZE in Gang. Die Sitzungen waren offen, was unsere Bereitschaft betonte, die politische Rolle der Organisation, ihre umfassenden Zielsetzungen, Prioritäten und Arbeitsmethoden zu überdenken. Dabei wurden konkrete Vorschläge gemacht. Wir riefen außerdem die Arbeitsgruppe „OSZE-Reform“ ins Leben, die Mittel und Wege zur Stärkung der Rolle der OSZE im europäischen und internationalen Sicherheitsrahmen und zu einer verbesserten Kohärenz in den Aktionen der OSZE-Institutionen und -Einsätze vor Ort prüfen sollte.

Kooperation und Synergieeffekte

Wir waren uns darüber im Klaren, dass die OSZE, wollte sie an der Lösung aller genannten Probleme mitwirken, zur Nutzung von Synergieeffekten eng mit anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten musste, insbesondere mit den Vereinten Nationen, der NATO, der Europäischen Union und dem Europarat sowie Fachorganisationen wie dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Daher traf ich mit den Leitern dieser internationalen Organisationen zusammen, um konkrete Maßnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit zu erörtern, etwa die Einrichtung kompatibler Strukturen, die Ausarbeitung gemeinsamer Standards für die Einstellung von Personal und für die Mitarbeiterschulung, die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zentralen und den Außenstellen sowie die Suche nach neuen Kooperationsbereichen und die Schaffung von Mechanismen für eine wirksame Interaktion.

Am 29. Januar 2001 sprach ich vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York. Es war das erste Mal, dass ein Amtierender Vorsitzender der OSZE zu einem Treffen mit dem gesamten Sicherheitsrat eingeladen wurde, um das weite Feld der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit traf ich mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan zusammen und bekundete erneut unsere Entschlossenheit, die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den VN nach den Grundsätzen der Komplementarität und der klaren Arbeitsteilung zu vertiefen.

Im Laufe des Jahres 2001 führte ich mehrere Gespräche mit den Außenministern der Präsidentschaft der Europäischen Union (Schweden und Belgien)

und erörterte gemeinsame Tätigkeitsfelder mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen unseren Organisationen zu verstärken, unter anderem auch die Zusammenarbeit vor Ort. Die Kontakte mit und Besuche bei EU-Kommissar Christopher Patten und dem Hohen Repräsentanten Javier Solana waren vom selben Geist der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung geprägt.

In dem Bewusstsein, dass NATO und OSZE aufeinander angewiesen sind, dass ihre Vorteile gerade in ihrer Komplementarität liegen und dass sie gemeinsam eher in der Lage sind, die verschiedenen Krisensituationen, mit denen sie konfrontiert sind, zu bewältigen, unternahmen wir energische Schritte zur Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zwischen den beiden Organisationen. Bei meinen Treffen mit dem Generalsekretär der Nordatlantikvertrags-Organisation, Lord Robertson, hob ich daher die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit sowohl auf politischer als auch auf Expertenebene hervor. Diesem Zweck dienten insbesondere auch meine Reden bei der Außenministertagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) am 30. Mai in Budapest und am 27. November in Brüssel beim NATO/EAPR-Treffen.

Ebenso hatten wir uns die engere Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zum Ziel gesetzt, einer Institution, die mit der Ebene der Regierungen eng verbunden ist, dieselbe geographische Ausdehnung und ähnliche Anliegen hat. Die Tatsache, dass mit Adrian Severin ein Rumäne den Vorsitz in der Versammlung führte, war der Annäherung zwischen unseren Institutionen durchaus dienlich. Neben ständigen informellen Konsultationen und Kontakten mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nahm ich an der Sitzung des Ständigen Ausschusses in Wien und an der zehnten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Paris teil.

Ganz oben auf unserer Agenda stand die Reaktion auf die Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und auf die Terroranschläge vom 11. September gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. In beiden Fällen hat die Organisation unter rumänischer Leitung rasch und wirksam reagiert.

Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität

Ein sensibler Bereich in der regionalen und interregionalen Zusammenarbeit, in dem koordinierte Aktionen von Vorteil sein können, ist die Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität.

Die Anschläge vom 11. September gegen die Vereinigten Staaten haben mehr als jedes andere einzelne Ereignis deutlich gemacht, wie gefährlich der internationale Terrorismus für die Freiheit, die Menschlichkeit und die Sicherheit des Einzelnen ist, also für all diejenigen Werte, zu deren Verteidigung und

Achtung sich die OSZE verpflichtet hat. Wir haben diese Angriffe auf das Schärfste verurteilt und vorbehaltlos die Schaffung einer breiten internationalen Koalition gegen den Terrorismus unterstützt. Wie andere internationale Organisationen haben wir begonnen zu überlegen, welchen konkreten Beitrag die OSZE zum weltweiten Kampf gegen den Terrorismus leisten kann. In meiner Rede vor dem Ständigen Rat in einer Sondersitzung am 21. September 2001 nannte ich drei wesentliche Punkte:

- ein von politischer Entschlossenheit und Solidarität getragenes Bekenntnis zu gemeinsamem Handeln, einschließlich eines handlungsorientierten Beschlusses über den Kampf gegen den Terrorismus und eines entsprechenden Aktionsplans, die auf dem Ministerratstreffen in Bukarest verabschiedet werden sollten;
- die verstärkte Auseinandersetzung mit den Ursachen wie wirtschaftliche und soziale Isolation, die der Nährboden für extremistische Ideologien sein können, und die Bekämpfung von „Grauzonen“ der organisierten Kriminalität, einschließlich Menschen- und illegalen Waffenhandels, sowie
- die Wahrnehmung einer Brückenfunktion zwischen regionalen Initiativen zur Festlegung gemeinsamer Prioritäten.

Zusätzlich zu dem vom Ministerrat im Dezember 2001 verabschiedeten Aktionsplan fand am 13. und 14. Dezember in Bischkek eine internationale Konferenz zum Thema „Festigung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Stärkung umfassender Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus“ statt. Die Teilnehmerstaaten berichteten auf dieser Konferenz über ihre Erfahrungen bei der Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus und ähnlichen Verbrechen im gesamten OSZE-Gebiet. Nur zehn Tage nach dem Ministerratstreffen gab die Konferenz damit auch bereits Gelegenheit zu ersten Schritten zur Umsetzung der in Bukarest angenommenen Beschlüsse und Dokumente sowie anderer einschlägiger internationaler Vertragswerke. Als Reaktion auf die in den Teilnehmerstaaten Zentralasiens herrschende Besorgnis hinsichtlich des internationalen Terrorismus bot die Konferenz die Gelegenheit zur Verabschiedung eines konkreten Aktionsprogramms und zog damit erste Konsequenzen aus dem Aktionsplan von Bukarest. Das Aktionsprogramm geht insbesondere auf konkrete Herausforderungen und Bedürfnisse in Zentralasien ein und leitet einen langfristigen handlungsorientierten Prozess ein, der die zentralasiatischen Staaten im Kampf gegen die vom Terrorismus ausgehenden Gefahren unterstützt.

Als Mitglied der Troika beteiligen wir uns auch im Jahr 2002 am Kampf gegen den Terrorismus. Wir unterstützen daher die Initiativen des portugiesischen Vorsitzes, zu denen auch die Tätigkeit des Persönlichen Beauftragten für Angelegenheiten der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus gehört. Was heute zählt, ist, unsere Versprechen einzuhalten, unseren Ver-

pflichtungen nachzukommen und die Maßnahmen, die im Bukarester Aktionsplan, einem umfassenden und besonders wertvollen Dokument, enthalten sind, durchzuführen. Wir müssen uns die Mitwirkung der OSZE bei der Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen der Bemühungen aller wichtigen internationalen Akteure insgesamt vorstellen. Keine internationale Organisation wird im Alleingang, ohne ihr Vorgehen mit den anderen Institutionen abzustimmen, erfolgreich sein können. Terrorismus ist ein vielschichtiges Phänomen, das auf mehreren Ebenen in Angriff genommen werden muss, auf militärischer, wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher. Die OSZE kann dazu einen konkreten Beitrag leisten, muss aber auch den Vorkehrungen anderer Akteure Rechnung tragen. Ein erster Schritt war die internationale Konferenz im Juni 2002 in Lissabon, auf der die Generalsekretäre bzw. Vorsitzenden der wichtigsten an der Bekämpfung des Terrorismus beteiligten Organisationen die Modalitäten für eine Verbesserung der Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen erörterten.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität galt unser besonderes Augenmerk dem Menschenhandel. Wir organisierten gemeinsam mit dem Regionalen Zentrum der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI) am 21. Mai 2001 in Bukarest eine regionale Konferenz gegen den Menschenhandel und illegale Zuwanderung, an der hochrangige Vertreter von Regierungen und Ermittlungsbehörden teilnahmen. Die einvernehmlich verabschiedeten Schlussfolgerungen dieses Treffens enthalten Prioritäten für nationale, regionale und international koordinierte Maßnahmen zur Ausmerzung des Menschenhandels, bei denen die Arbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts eine wichtige Rolle spielen soll.

Regionale Fragen

Regionale Fragen waren ein wichtiger Schwerpunkt in den Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzes und der OSZE insgesamt. Im Jahr 2001 kam es in vielen OSZE-Teilnehmerstaaten, insbesondere in der Bundesrepublik Jugoslawien, zu einigen positiven Entwicklungen. Dennoch gibt es noch immer viel zu viele Orte, an denen Konflikte, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit, Mangel an politischer Freiheit und Intoleranz herrschen. Neue Gefahren bedrohen die Gesellschaften der OSZE-Teilnehmerstaaten: Terrorismus, organisierte Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel sowie allgegenwärtige Korruption.

„Eingefrorene Konflikte“ gaben Anlass zu vermehrter Sorge. Es besteht die reale Gefahr, dass sie ihre eigene Dynamik entwickeln. Was den Abzug ausländischer Truppen, militärischer Ausrüstung und Munition betrifft, wurden bei der Durchführung der Verpflichtungen von Istanbul Fortschritte erzielt, auf denen weiter aufgebaut werden sollte. Weitere Bemühungen und neue

Ansätze sollten den politischen Lösungsprozess in diesen Bereichen wieder in Gang bringen.

Ich habe fast alle Spannungsgebiete besucht und bin mit Vertretern von Teilnehmerstaaten sowie von internationalen Organisationen und Institutionen zusammengetroffen. Diese Treffen boten Gelegenheit zur Erörterung von Fragen und Problemen, die für die OSZE von Interesse sind.

Südosteuropa hatte für uns natürlich besonderen Stellenwert. Die OSZE führt in den Ländern Südosteuropas eigene Programme durch, darunter Projekte für verantwortungsbewusste Staatsführung („*good governance*“) und zur Korruptionsbekämpfung, zur Entwicklung nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) und unabhängiger Medien sowie zur Förderung der ethnischen Vielfalt im Bildungswesen und im öffentlichen Sektor, einschließlich der Polizeikräfte.

Ich besuchte mehrmals sämtliche OSZE-Präsenzen in Südosteuropa. Ich eröffnete die OSZE-Mission in Belgrad, nahm am Missionsleitertreffen in Belgrad teil, ernannte einen Persönlichen Vertreter für den Stabilitätspakt, ermutigte zum Dialog, zur Festigung demokratischer Institutionen, zur Rechtsstaatlichkeit, zur Achtung der Menschenrechte und zu regionaler Zusammenarbeit, unterstützte die Vorbereitungen und die Überprüfung der Wahlprozesse in der Region - vor allem im Kosovo -, befasste mich mit dringenden Fragen wie der Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und sorgte dafür, dass Probleme, die die ganze Region betreffen, nicht aus den Augen verloren werden.

Unsere besondere Aufmerksamkeit galt den Entwicklungen im *Kosovo*. Die von der OSZE organisierten Wahlen vom 17. November 2001 waren in jenem Jahr das wichtigste Ereignis in der Provinz. Sie waren von ausschlaggebender Bedeutung für den Aufbau einer multiethnischen Gesellschaft und für das Funktionieren der vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen im Einklang mit Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Das Kosovo ist nur ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen bei der Vorbereitung von Wahlen, aber auch in anderen Bereichen, etwa bei der Schulung des Kosovo-Polizeidienstes (*Kosovo Police Service*, KPS) und der Richterschaft sowie beim Schutz der Menschenrechte.

Die Krise in der *ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien* stellte eine enorme Herausforderung für uns und für die OSZE dar. Gemeinsam mit der NATO und der Europäischen Union bemühten wir uns um ein dauerhaftes Friedensabkommen. Die Bemühungen der OSZE richteten sich auf die friedliche Stabilisierung der Lage. Nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens am 13. August 2001 konzentrierten wir uns auf die Umsetzung aller darin enthaltenen Bestimmungen.

Größte Aufmerksamkeit widmeten wir der Lage in *Tschetschenien*. Die Rückkehr der Unterstützungsgruppe war einer der größten Erfolge der OSZE im Jahr 2001. Die Maßnahmen der russischen Behörden, durch die die Rück-

kehr ermöglicht wurde, verdienen höchste Anerkennung. Am 15. Juni eröffnete ich das Büro der Unterstützungsgruppe in Snamenskoje im Norden Tschetscheniens; seither arbeiten alle Beteiligten daran, die notwendigen Sicherheitsbedingungen für die Mitarbeiter der Gruppe zu schaffen. Der Rückkehr war ein langwieriger und schwieriger Prozess vorausgegangen, und sie hat einer intensiveren und wirksamen Zusammenarbeit zwischen der russischen Regierung und der OSZE den Weg bereitet.

Die Akte *Moldau* zum Abschluss zu bringen bleibt dem portugiesischen Vorsitz überlassen. Dennoch hat der rumänische Vorsitz die Entwicklungen in dem Land kontinuierlich verfolgt. Die OSZE sah ihre Hauptaufgabe darin, zur Erfüllung der Verpflichtungen von Istanbul in Bezug auf den Abzug ausländischer Truppen, militärischer Ausrüstung und Munition zu ermutigen sowie Verhandlungen über eine politische Lösung der Krise zu fördern.

In *Estland und Lettland* unterstützte die OSZE-Mission die Regierungen bei der Erfüllung der in den Richtlinien des Vorsitzes aus dem Jahre 2000 enthaltenen Aufgaben. Im Verlaufe des Jahres 2001 haben beide Länder spürbare Fortschritte bei der Demokratisierung und der Einbürgerung von Nichtstaatsbürgern sowie in Bezug auf die Integration und das gegenseitige Verständnis zwischen ethnischen Gemeinschaften gemacht. Im Anschluss an die Präsentation der letzten Tätigkeitsberichte der beiden Missionsleiter am 13. und 18. Dezember vor dem Ständigen Rat, in denen sie die Schließung beider Missionen aufgrund der Erfüllung der vom österreichischen Vorsitz vorgegebenen Richtlinien empfahlen, legten wir keinen Beschluss zur Erneuerung ihres Mandats mehr zur Abstimmung vor. Um die technische Abwicklung der Schließung der beiden Missionen kümmerte sich das OSZE-Sekretariat.

Wir haben uns darum bemüht, dass *Zentralasien* verstärkt internationale Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dabei wiesen wir insbesondere auf die Notwendigkeit hin, laufende OSZE-Aktivitäten zu verstärken und neu auszurichten und dabei pragmatisch die Bedürfnisse und Prioritäten der Länder in der Region zu berücksichtigen. Gleichzeitig wurden die OSZE-Zentren vor Ort dazu ermutigt, aktiver zu werden, für eine bessere geographische Abdeckung der von ihnen betreuten Länder zu sorgen und gemeinsam mit den entsprechenden Partnern in ihren jeweiligen Ländern neue, konkrete Projekte zu entwickeln. Als Vorgaben wurden die Ziele der OSZE in den Bereichen Wahlrecht, Achtung der Menschenrechte, freie Meinungsäußerung und Überzeugungsfreiheit genannt, die parallel zur Umsetzung neuer Initiativen verfolgt werden sollen.

Wirtschafts- und Umweltfragen

Wirtschafts- und Umweltfragen betrachteten wir als Teil des umfassenden Ansatzes der OSZE im Sicherheitsbereich und räumten daher auch der Stärkung der ökonomischen und ökologischen Dimension der OSZE Vorrang ein.

Wir förderten weiterhin die Koordination zwischen den Teilnehmerstaaten, den OSZE-Institutionen und -Missionen sowie zwischen der OSZE und ihren Partnerorganisationen mit dem Ziel, die geeignetsten Mittel und Wege zu erkunden, wie die Aktivitäten der OSZE im Wirtschafts- und Umweltbereich sowohl am Sitz der Organisation selbst als auch vor Ort durchschlagkräftiger gemacht werden können. Als Mitglied der Troika sind wir entschlossen, unser Engagement zur Stärkung der ökonomischen Dimension fortzusetzen. Dazu gehört auch die Organisation eines Folgeseminars zum letztjährigen Wirtschaftsforum in Bukarest.

Die menschliche Dimension

Im Jahr 2001 haben wir Fragen in Bezug auf die *menschliche Sicherheit*, insbesondere die Sicherheit des Einzelnen, erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Dieses Konzept umfasst Demokratie, Achtung der Menschenrechte und kulturelle Vielfalt, den Kampf gegen Gewalt und organisierte Kriminalität sowie die Förderung demokratischer Aktivitäten der Zivilgesellschaft.

Die drei zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension, die gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltet wurden, widmeten sich den Themen „freie Meinungsäußerung“, „Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung“ sowie „Menschenrechte: Befürworter und Aktivisten“.

Auf Anregung des rumänischen Vorsitzes veranstaltete die OSZE-Arbeitsgruppe „Chancengleichheit für Mann und Frau“ am 8. Juni ein Treffen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.

Ebenso haben wir versucht, einen geeigneten Lösungsansatz in der Frage des Schutzes nationaler Minderheiten zu finden. Die Ermächtigung örtlicher Verwaltungsorgane zu eigenverantwortlichem Handeln, die Einbindung ethnischer Minderheiten in Entscheidungsabläufe und ihr freier Zugang zu diesen Prozessen, die Achtung der Grundrechte des Einzelnen und das Wohl der Bürger als zentrales Ziel der staatlichen Politik sind konkrete Schritte in Richtung einer integrierten Gesellschaft.

Wir sind davon überzeugt, dass Rumäniens Behandlung der Frage nationaler Minderheiten, der wir unsere gesamte Aufmerksamkeit geschenkt haben, Modellcharakter hat. Meine Mitarbeiter in Bukarest veranstalteten gemeinsam mit dem BDIMR und der Delegation der Europäischen Kommission in Rumänien vom 10. bis 13. September in Bukarest die „Konferenz zu Fragen der Roma und Sinti“. Unter den mehr als 300 Teilnehmern befanden sich Vertreter der Roma-Gemeinde aus ganz Europa. Ziel der Konferenz war die Ausarbeitung von Empfehlungen, die als Grundlage für einen Aktionsplan der OSZE zu Roma und Sinti betreffenden Fragen dienen könnten. Zu den OSZE-spezifischen Empfehlungen gehörten die Unterstützung von Treffen mit Regierungen und NGO-Partnern von außerhalb der OSZE-Region, die vermehrte Aufnahme von Roma als Mitarbeiter in OSZE-Missionen und die

Stärkung der Rolle der Kontaktstelle des BDIMR für Roma und Sinti, die Regierungen und NGOs bei der Kontrolle von Antidiskriminierungsmaßnahmen beistehen soll.

Das jährliche Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension bot Gelegenheit zur Analyse und Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die OSZE-Teilnehmerstaaten. Im Interesse einer größeren Wirksamkeit des Implementierungstreffens im Jahr 2001 wurden die Modalitäten für die Abgabe von Empfehlungen geändert. Das Treffen gilt als Meilenstein für die Vertrauensbildung und als wichtiges Bindeglied zur entsprechenden politischen Agenda der OSZE.

Fazit

All unsere Bemühungen fanden ihren Niederschlag in den Dokumenten des Bukarester Ministerratstreffens vom 3. und 4. Dezember 2001. In der Folge der Ereignisse des 11. September 2001 fand das Treffen in einem neuen Klima statt. Es war geprägt von solidarischem Handeln bei der Bekämpfung neuer Risiken und Herausforderungen, von einem von Offenheit gekennzeichneten Verhältnis zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten, von Fortschritten in den Beziehungen der NATO und der EU zu Russland sowie von dem aufkeimenden Bewusstsein, dass direkter auf die Sicherheitsbedürfnisse der Staaten in Zentralasien eingegangen werden muss. Das Bukarester Ministerratstreffen erfreute sich der Teilnahme von 64 Länderdelegationen, denen 57 Außenminister von Teilnehmerstaaten, Mittelmeerpartnern und Kooperationspartnern (darunter US-Außenminister Colin Powell, Russlands Außenminister Igor Iwanow und Israels Außenminister Shimon Peres) angehörten, hochrangiger Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, von OSZE-Einrichtungen und -Missionen sowie einer großen Zahl (29) internationaler Organisationen und Institutionen. Die rege Teilnahme spiegelt nicht nur das Interesse an den Debatten und Dokumenten wider, die der Ministerrat verabschiedet hat, sondern bedeutet auch eine Anerkennung der Erfolge des rumänischen Vorsitzes. Es war das bislang größte Ministerratstreffen, das je stattgefunden hat.

Das Treffen war zudem eine exzellente Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme dessen, was die OSZE 2001 erreicht hat, aber auch ihrer Probleme und Defizite. Sowohl der Inhalt der Debatten als auch die Stimmung, in der sie stattfanden, waren konstruktiv. Es gab keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, lediglich unterschiedliche Positionen und Lösungsansätze. Die Diskussionen waren umfassend und anregend und trugen dazu bei, den zukünftigen Kurs der OSZE abzustecken.

Die Bekämpfung des Terrorismus war das Hauptthema der Diskussion, in der sich die Solidarität aller Teilnehmerstaaten widerspiegelte und die der Organisation großes Ansehen verlieh. Darüber hinaus wurden neue politische Ziele für die Zukunft ins Auge gefasst und besondere Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeiten der Organisation vereinbart.

Es wurden mehrere äußerst wichtige Dokumente verabschiedet, unter denen insbesondere die Erklärung des Ministerrats von Bukarest, der Beschluss zur Bekämpfung des Terrorismus und der Bukarester Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus von herausragender Bedeutung sind. Außerdem wurden mehrere Erklärungen zu regionalen Fragen abgegeben sowie ein Beschluss über die Förderung der Rolle der OSZE als politisches Dialogforum gefasst.

Alle Dokumente wurden im Konsens verabschiedet und geben die gemeinsam beschlossenen zukünftigen Aufgaben vor. Demokratie und Transparenz innerhalb der OSZE - beide gehören zu den großen Pluspunkten der Organisation - wurden erhöht. Die Dokumente stellen die erhöhte Bedeutung der OSZE bei der Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung fest und bekräftigen sie. Insgesamt wurden sie als den bestehenden Herausforderungen angemessen beurteilt.

Die Dokumente reflektieren die künftige Vorgehensweise der Organisation. Unseres Erachtens müssen wir das Engagement der OSZE bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Beendigung der „eingefrorenen Konflikte“ aufrechterhalten und uns fortgesetzt darum bemühen, die Rolle der OSZE als politisches Dialogforum zu fördern, die wirtschaftliche Dimension zu stärken und die Wirksamkeit der Treffen zur menschlichen Dimension zu erhöhen.

Der Ministerrat hat den neuen Geist der Kooperation, der aus den Ereignissen des 11. September 2001 hervorgegangen ist, nicht nur wiedergespiegelt, sondern auch genutzt. Im Mittelpunkt der Diskussionsbeiträge standen solidarisches Handeln bei der Bekämpfung des Terrorismus und in den gemeinsamen Bemühungen zur Bewältigung neuer Risiken und Herausforderungen.

Das Bukarester Ministerratstreffen ist angesichts der Inhalte und der Bedeutung seiner Dokumente und aufgrund der konstruktiven Haltung zur Funktion der Organisation im euro-atlantischen Raum, die auch die Perspektive einer Stärkung ihrer politischen Rolle eröffnet, eines der wichtigsten Treffen seit Bestehen der Organisation und damit eine Bezugsgröße. Gleichzeitig hat das Treffen zur Vertiefung der internationalen Partnerschaft, die nach den schrecklichen Ereignissen in den Vereinigten Staaten entstanden ist, beigetragen. Es hat deutlich gezeigt, dass die OSZE bereit und in der Lage ist, den Sorgen und Bedürfnissen aller Teilnehmerstaaten Gehör zu schenken und sich mit ihnen auseinander zu setzen, in dem Bestreben, zu verstehen und zu helfen.